

Land Salzburg erforscht Elektrosmog-Beschwerden

**Mit seiner Forschung über Elektrosmog-Beschwerden übernimmt das Land Salzburg Verantwortung für die Gesundheit seiner Bürger und zeigt damit einen nachahmenswerten Weg für viele andere Länder auf.**

Mithilfe eines Elektrosmog-Meldebogens für die Bevölkerung erforscht die Salzburger Landesregierung den Zusammenhang zwischen verschiedenen gesundheitlichen Beschwerden und der Belastung durch Mobilfunk, Schnurlostelefone, Computer und andere Elektrogeräte und Elektroinstallationen. Das Erfreuliche ist, dass in Österreich Politiker die Gesundheit der Bevölkerung ernst nehmen und die Auswirkungen des Elektrosmogs untersuchen. Wünschenswert wäre, wenn auch Politiker in anderen
Ländern in gleicher Weise Verantwortung für die Menschen übernehmen, von denen sie gewählt und ernährt werden.

**von dbr./mar.**

**Quellen:**

<https://www.salzburg.gv.at/Seiten/Search.aspx?k=elektrosmog>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Oesterreich - [www.kla.tv/Oesterreich](https://www.kla.tv/Oesterreich)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.